

**Eric Bonse**

## **Vom Modell zum Problemfall**

### **Zehn Thesen zur Krise der Europäischen Union**

Wo steht die EU ein Jahr vor dem Brexit? Kann sie die verlorene Einheit wiederherstellen - oder kommt es zu einer neuen Spaltung? Zehn Thesen zur Krise der Union.<sup>1</sup>

*1. Die Einheit ist verloren - in einem Jahr wird Großbritannien die EU verlassen.*

Daran besteht kaum noch ein Zweifel. Kommissionschef Juncker und Ratspräsident Tusk haben zwar wiederholt betont, dass sie Großbritannien gerne in der EU halten würden und die Tür noch immer offen stehe. Doch mittlerweile bereitet man sich in Brüssel schon auf die Zeit nach dem Brexit vor. Das kann man sogar relativ gelassen tun. Denn...

*2. Die offene Spaltung wurde abgewendet - kein anderes EU-Land folgt dem britischen Beispiel.*

Das ist eine der größten Überraschungen der letzten Zeit. Während man kurz nach dem Brexit-Votum noch fürchtete, als nächstes könnten Länder wie Polen oder Ungarn austreten, ist diese Sorge mittlerweile verflogen. Auch die Angst, man könne sich in den Brexit-Verhandlungen auseinander dividieren lassen, hat sich nicht bestätigt. Die EU-27 treten bemerkenswert geschlossen auf.

---

<sup>1</sup> Diese Thesen wurden für eine Diskussion mit den Jungen Europäischen Föderalisten am 30.04.2018 in Wernigerode (Harz) verfasst. Letzte Aktualisierung: 04.05.2018 in Brüssel

*3. Dies ist allerdings nicht nur ein Verdienst der EU-Politik. Neue Pressionen und Bedrohungen haben dazu beigetragen, die Union zusammenzuhalten - man denke nur an Putin, Trump und Erdogan.*

Äußere Bedrohungen waren schon immer ein gutes Mittel, einen Staatenbund zusammenzuhalten. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Bedrohungen real sind oder nur subjektiv wahrgenommen werden. So hat zum Beispiel die gefühlte Gefahr einer antieuropäischen Achse Washington-London dazu beigetragen, die Europäer enger zusammenzuschweißen.

*4. Gleichzeitig hat es die EU-Politik nicht vermocht, den inneren Zusammenhalt zu stärken. Wirtschaftlich und sozial entwickelt sich Europa immer mehr auseinander, von Konvergenz ist wenig zu sehen.*

Dies ist die Kehrseite der Medaille. Zwar profitiert mittlerweile ganz Europa von einem soliden konjunkturellen Aufschwung; sogar Griechenland verzeichnet wieder Wachstum. Doch einige Länder hinken in der Wirtschaftsleistung immer noch hinter der Zeit vor der Finanz- und Eurokrise her. Zudem hat sich die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern weiter vergrößert; selbst in der Eurozone ist von Konvergenz wenig zu sehen. Und die massive Jugendarbeitslosigkeit ist und bleibt ein ungelöstes Problem. Sie schafft eine „lost Generation“, die von der EU enttäuscht ist und sich dauerhaft abwenden könnte.

*5. Auch politisch tun sich neue Gräben auf. Nach der Nord-Süd-Spaltung während der Eurokrise kam die Ost-West-Spaltung in der Flüchtlingskrise. Neuerdings gibt es auch einen Club der Nordländer, der sich gegen eine als zu eng empfundene deutsch-französische Zusammenarbeit stellt.*

Bis zum Brexit teilte man die EU oft in zwei Gruppen auf: die Schuldner im Süden und die Gläubiger im Norden. Mit eisernem Sparen und

durchgreifenden Reformen würde sich diese Kluft schon überwinden lassen, hieß es vor allem in Berlin. Doch spätestens seit der Flüchtlingskrise hat sich eine neue Spaltung zwischen Ost und West gezeigt. Vor allem die Länder der sog. Visegrad-Gruppe widersetzen sich der gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Als wäre dies nicht schon genug, haben nun auch noch sieben nordeuropäische Länder, angeführt von Holland, einen eigenen Club gebildet, der sich gegen die von Frankreich geforderten Reformen und gegen „mehr Europa“ ausspricht.

*6. Die Niederlande sind von Pionieren zu Bremsern der europäischen Einigung geworden. Und dann gibt es noch Länder wie Griechenland, Italien oder Spanien, die derart mit innenpolitischen Problemen beschäftigt sind, dass von ihnen in Brüssel keine Impulse mehr ausgehen.*

Vor allem Italien macht den EU-Politikern in Brüssel Sorgen. Denn seit der Wahl im März haben dort erstmals die EU-Gegner eine rechnerische Mehrheit. Zudem steckt das Land immer noch in einer wirtschafts- und finanz-politischen Krise, die jederzeit eskalieren kann. Italien gilt denn auch als „politisches Risiko“ für die Eurozone. Aber auch der Streit um die Unabhängigkeit Kataloniens in Spanien und die wachsenden Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland bergen erhebliche Risiken für die EU.

*7. Auch auf der Ebene der Bürger sieht es nicht gut aus. Nach Umfragen befürwortet zwar weiter eine Mehrheit die europäische Integration. Doch zugleich erhalten Populisten und Nationalisten erneut Zulauf; Frankreichs Staatschef Macron spricht sogar von einem „europäischen Bürgerkrieg“.*

Die Umfragen sind erfreulich, die Wahlen zunehmend unerfreulich: Fast könnte man meinen, dass die Bürger vieler EU-Staaten schizophren sind. In den Umfragen geben sie der EU gute Werte, bei Wahlen geben sie vermehrt EU-Gegnern ihre Stimme. Meiner Meinung

nach steckt dahinter aber kein Bürgerkrieg und auch keine Schizophrenie, sondern eine differenzierte Wahrnehmung. Die Leistungen der EU für die Wirtschaft und die Reisefreiheit werden anerkannt, doch gleichzeitig trauen es viele Bürger der EU nicht zu, sie vor den Risiken und Gefahren des 21. Jahrhunderts zu schützen. Macrons Devise vom „Europa, das schützt“ ist eine mögliche Antwort auf dieses Dilemma.

*8. In dieser Lage kommt es mehr denn je auf die EU-Kommission und den deutsch-französischen Motor an. Doch auch da sieht es nicht gut aus.*

Die EU-Kommission hat gerade die Selmayr-Affäre hinter sich, die vom Vorwurf der Intransparenz und der Vetternwirtschaft geprägt war. Kommissionschef Juncker will 2019 nicht mehr antreten und gilt als „lame duck“. Die deutsch-französischen Beziehungen sind gerade einem großen Stresstest unterworfen. Macron hat weitreichende Vorschläge gemacht, Merkel hat bisher keine eigenen Ideen präsentiert. Zu weit reichenden Reformen wird es in absehbarer Zeit wohl nicht mehr kommen. In Brüssel lastet man das vor allem Kanzlerin Merkel und ihrer CDU an. Merkel sei seit der Bundestagswahl zur „lame duck“ geworden, die mit Rücksicht auf CSU und AfD europapolitisch nichts mehr wagt, heißt es. Der deutsche EU-Kommissar Oettinger hat der CDU sogar vorgeworfen, den Aufbruch für Europa zu gefährden. "Die Töne, die man aus der Unionsfraktion jetzt hört, sind nicht hinnehmbar“, sagte er vor dem Besuch von Macron in Berlin.

*9. Dabei drängt die Zeit: Nach der „Leader’s Agenda“ der EU sollen die wichtigsten Reformen bereits im Juni dieses Jahres auf den Weg gebracht werden. Ab Herbst dürfte sich alles um den Brexit drehen, danach beginnt der Wahlkampf für die Europawahl im Mai 2019.*

Ursprünglich war vereinbart worden, schon im März erste Reformen der Eurozone auf den Weg zu bringen. Kanzlerin Merkel und Präsident

Macron hatten bereits im Dezember deutsch-französische Vorschläge versprochen. Daraus wurde bekanntlich nichts; sie wurden verschoben. Doch wenn sie erst kurz vor dem EU-Gipfel im Juni kommen, könnte es zu spät sein, um die widerstrebenden Nordländer noch zu überzeugen. Noch schlechter sieht es in der Asyl- und Flüchtlingspolitik aus. Dort blockieren die Visegrad-Staaten alle Fortschritte. Mit einer großen Reform rechnet in Brüssel niemand mehr; die Solidarität in der Flüchtlingspolitik droht auf der Strecke zu bleiben.

*10. Das „Window of Opportunity“ schließt sich schnell. Das heißt nicht, dass die EU keine Zukunft hätte. Doch ohne Reformen wird die schleichende Desintegration weiter gehen. Bei der Europawahl könnte die Rechnung kommen - in Gestalt eines massiven Misstrauensvotums für die EU.*

Natürlich kann die EU auch nach dem Juni-Gipfel noch Reformen beschließen. Doch ab dem 1. Juli führt Österreich die EU-Geschäfte; der türkisblauen Regierung in Wien traut man in Brüssel keine großen Impulse zu. Zudem dürften Initiativen, die nach dem Juni-Gipfel kommen, bis zur Europawahl im Mai 2019 kaum noch Wirkung entfalten. Wenn jedoch positive Impulse ausbleiben, dürfte die Wahl ganz unter dem Eindruck des Brexit stehen. Und neue Reformen können dann frühestens wieder Ende 2019 lanciert werden - nach dem Start der nächsten EU-Kommission. Bis dahin droht eine lähmende Hängepartie.

Weitere E-Books zur Krise der Europäischen Union finden sich [hier](#) (bitte klicken). - Copyright Eric Bonse 2018